



Fraktion im Rat der Stadt Olsberg
59939 Olsberg
Tel.: 02962/4522
E-Mail: info@gruene-olsberg.de
www.gruene-olsberg.de

Haushaltsrede 2013

Sehr geehrter Herr Bürgermeister;

meine sehr verehrten Damen und Herren !

Wieder einmal mussten wir uns durch mehr als 300 Seiten Haushalt und Haushaltssicherungskonzept durcharbeiten um jetzt einige Anmerkungen hierzu zu machen. Wir als „Freizeitpolitiker“ sind sicher nicht in der Lage, jede einzelne Ausgabe auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen. Somit können wir lediglich versprechen, dass wir uns nach bestem Wissen mit dem Haushalt auseinandergesetzt haben.

Verwaltungstechnisch ist dieser, soweit wir dies beurteilen können, handwerklich sauber gemacht. Dafür gebührt der Verwaltung und dem Kämmerer ein herzlicher Dank.

2012 stand unter dem Zeichen der Eurokrise. Griechenland, Spanien und weitere europäische Länder erleben eine Rezession durch die harten Sparmaßnahmen. In 2013 ist kaum Besserung in Sicht. Die Bürger dieser Länder erleben derzeit, was es heißt, auf Liebgewonnenes verzichten zu müssen.

Was hat dies mit unserer Kommunalpolitik zu tun, werden Sie sich fragen?

Die Antwort darauf: Auch für uns wird es kaum möglich sein, trotz aller Kraftanstrengungen und stundenlanger Beratungen über Einsparmöglichkeiten, den Haushalt zu konsolidieren und die bisher gemachten Schulden jemals zurückzuzahlen. Dies sagen zumindest führende Ökonomen voraus.

Das darf uns jedoch nicht davon abhalten, alle Anstrengungen zu unternehmen um dieses hehre Ziel vielleicht doch zu erreichen. Jede Investition und jeder Sachaufwand gehört daher auf den Prüfstand.

„Prestigeobjekte“ müssen der Vergangenheit angehören!

Die Finanzsituation unseres Landes ist zwar nicht mit der Griechenlands oder Spaniens vergleichbar; das strukturelle Defizit der Kommunen ist jedoch mittlerweile flächendeckend. Hierzu gehört auch die Stadt Olsberg.

Nun aber zum Haushalt 2013:

Wir in Olsberg profitieren nach wie vor von der guten Konjunktur und den damit verbundenen Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Wie sich diese Gewerbesteuer in Zukunft entwickeln wird, kann jedoch niemand vorhersagen, erschwert wird die Situation dadurch, dass sich der Großteil des Steueraufkommens, auf lediglich sieben Betriebe verteilt.

Im Jahr 2012 schloss der Haushalt mit einem Defizit von voraussichtlich etwas weniger als 1,78 Mio. €.

Für das Jahr 2013 rechnet man mit einem Fehlbetrag von 3.6 Mio. €. Dies ist umso erstaunlicher, da für das Jahr 2013 Gewerbesteuereinnahmen von ca. 13,5 Mio. € eingeplant sind, also 1,5 Mio. € mehr, als im Jahr 2012. Eine weitere prognostizierte Erhöhung auf 14 Mio. € wird jedoch ohne eine Anpassung des Gewerbesteuer-Hebesatzes kaum eintreffen.

Der Fehlbetrag kann nicht mehr in voller Höhe durch die Ausgleichsrücklage abgedeckt werden, so dass ca. 1,8 Mio. € der „Allgemeinen Rücklage“ entnommen werden müssen.

Die Deckungslücken aus den Investitionstätigkeiten in den einzelnen Fachbereichen können nur noch durch die Aufnahme von Kassenkrediten gedeckt werden. Es bleibt zu hoffen, dass die seitens des Kämmers aufgezeigte Entwicklung der Ver- und Entschuldung tatsächlich eintritt, denn ansonsten wird es kaum zu schaffen sein, den vorgegebenen Zeitraum von zehn Jahren einzuhalten, in dem ein ausgeglichener Haushalt vorzulegen ist.

Um den ärmsten Gemeinden in Nordrhein-Westfalen unter die Arme zu greifen, wird ab 2014 die sogenannte „Abundanzumlage“ geschaffen. Hierzu sind 500.000 € jährlich ab dem Jahr 2014 in den Haushalt eingestellt. Es ist zwar sicher grds. richtig, dass die finanzstärkeren Gemeinden sich mit den absolut armen Gemeinden solidarisch zeigen sollten. Ob man jedoch bei einer Kommune, die in der Haushaltssicherung ist, nur auf Grund der recht hohen Steuereinnahmen von einer finanzstarken Gemeinde sprechen kann, das wagen wir doch zu bezweifeln.

Das Ziel, das strukturelle Haushaltdefizit bis zum Jahr 2022 unter die 5%-Grenze zu drücken, wird hierdurch extrem schwierig.

Auch die Erhöhung der Kreisumlage um ca. 1,5% hilft sicher nicht weiter.

Schlüsselzuweisungen sind auf Grund der hohen Steuereinnahmen ebenfalls nicht zu erwarten. Bleibt grds. nur zu hoffen, dass diese so weitersprudeln wie bisher.

Wir können hier natürlich ausführlich über die Rolle der Städte und Gemeinden, des Landes NRW oder auch die der Bundesregierung streiten. Wer hat hier wofür welche Verantwortung und warum? Aber ist diese Diskussion zielführend?

Ich denke nicht! Wer von anderen etwas fordert muss damit rechnen, dass derjenige, der etwas gibt, es sich von den Bürgern zurückholt. So beißt sich also die Katze in den Schwanz. Das einzige Mittel was hilft ist: sparen und ggfls. im Rahmen der Möglichkeiten, selbst die eigenen Einnahmen erhöhen!

In mehreren Sitzungen wurden bereits Sparmaßnahmen gemeinsam erarbeitet. Nachzulesen sind diese in der Auflistung zu den „Konsolidierungsmaßnahmen“ im Haushaltssicherungskonzept. Danach käme es nach den Planungen für 2013 zu Einsparungen von 352.250 €. Aber auch hier gibt es sicher in der Zukunft noch weitere Möglichkeiten, wo der Rotstift angesetzt werden kann.

In meiner Rede zum Haushalt 2011 habe ich schon einmal gefordert, nicht immer weiter auf irgendwelche Zuschüsse seitens des Landes oder sonst wem zu schießen. Fast alle diese Zuschüsse haben eine Co-Finanzierung zur Folge. In diesem Jahr werden jedoch wieder bisher nicht in Anspruch genommene LEADER-Mittel abgerufen. Durch verschiedene Maßnahmen der TuS-GmbH ergibt sich hier eine insgesamte Co-Finanzierung von 37.800 €.

Der Kapitalbedarf der TuS-GmbH ist gegenüber dem Haushaltsjahr 2012 um ca. 53.500 € gesunken. Dies täuscht jedoch. Auf Grund einer Rechtsänderung bei der Ballspielhalle, sind für 2013, 125.000,-- € nicht mehr als Aufwand zu buchen. Betrachtet man das Ergebnis ohne diesen Aufwand, dann ist der Kapitalbedarf ca. 71.500 € höher als 2012. Der konkrete Wille zu sparen, hat sich offenbar bei der TuS-GmbH noch nicht durchgesetzt. Auch sie ist gefordert, sich entsprechend an der Haushaltskonsolidierung zu beteiligen.

Unter Berücksichtigung der extrem schwierigen Bedingungen, in denen wir uns momentan befinden, haben wir unsere Haushaltsberatungen unter das Motto „Nachhaltige Entwicklung = Zukunft für unsere Stadt“ gestellt.

Was heißt das jedoch im Einzelnen?

Ein großer Teil der städtischen Ausgaben beruht auf sog. „Pflichtaufgaben“, wo wir als Rat nur sehr geringe Einwirkungsmöglichkeiten haben. Der Gestaltungsspielraum des Rates ist minimiert.

Wie bereits in den vergangenen Jahren ist die nachhaltige und somit zukunftsweisende Entwicklung unserer Stadt ein zentrales Anliegen unserer Politik.

Auf Grund der nur sehr begrenzten Handlungsspielräume, müssen wir alle geplanten Objekte und Investitionen auf ihrer Ausgabenseite auf ihre Nachhaltigkeit hin überprüfen.

Nachhaltigkeit heißt unter anderem „Klimaschutz“. Leider ist es offenbar immer noch nicht so, dass die Stadt Olsberg sich der Klimaschutzproblematik mit der notwendigen Ernsthaftigkeit widmet. Es reicht nicht aus, die eingesparten CO₂-Werte bei diversen Investitionen aufzuzeigen. Ob das seitens des HSK eingerichtete Klimaschutzportal hier weiterhilft, bleibt abzuwarten. Zumindest waren am Dienstag

dieser Woche dort keinerlei Meldungen über Klimaschutzaktivitäten seitens unserer Kommune verzeichnet. Die Kommune ist hier weiterhin in der Pflicht! Klimaschutz ist nicht zum Nulltarif zu erhalten. Ich glaube, darüber sind wir uns alle einig.

Die Klimaschutzziele müssen jedoch trotzdem endlich auch hier die Priorität erhalten, die ihnen zustehen und dürfen nicht hauptsächlich der Eigeninitiative Einzelner überlassen bleiben!

Zum Klimaschutz gehört auch der Erhalt schützenswerter Bäume, die nicht unerhebliche Mengen CO₂ aufnehmen könnten, würden sie nicht in Nacht- und Nebelaktionen gefällt, wie beim Ausbau der Straße „Am Olsberg“ geschehen. Als Bürgermeister für alle, wie Sie es nach Ihrer Wahl verkündet haben, haben Sie sich hier nicht gezeigt, hier waren Sie der Bürgermeister für die Anlieger der Straße „Am Olsberg“ und ließen viele Bürgerinnen und Bürger außen vor.

Auch die Kehrtwende von der geplanten Errichtung einer Solar- oder Photovoltaikanlage am Aqua hin zu Gunsten eines Wohnmobilstellplatzes lässt in keiner Weise erkennen, dass es die Stadt Olsberg mit dem Klimaschutz tatsächlich so ernst meint, wie öffentlich dargestellt. Vielleicht gelingt es ja noch, beide Projekte unter einen Hut zu bringen. Es könnten z.B. die Wohnmobilstellplätze mit einer Solar- bzw. Photovoltaikanlage ausgestattet werden.

Der politische Wille, Windkraftwerke zu ermöglichen, erhält selbstverständlich unsere vollste Unterstützung, reicht jedoch unserer Meinung nach nicht aus die Energiewende herbeizuführen. Unsere Fraktion hat bereits vor Jahren immer wieder darauf hingewiesen, wie wichtig die Abkehr von fossilen Brennstoffen zur Energieerzeugung ist. Ich bezweifle, dass ohne die erschreckenden Ereignisse von Fukushima die Kolleginnen und Kollegen der CDU heute bereit wären, Windkraftanlagen in Waldgebieten zu genehmigen.

Durch Einsparungen im Haushalt von ca. 500.000 € und die Errichtung einer Photovoltaikanlage, könnten jährlich ca. 250.000 kW/h Strom produziert werden und den Haushalt der Stadt Olsberg in den kommenden Jahren spürbar entlasten. Dass dies möglich wäre, wird im weiteren Verlauf meiner Rede deutlich.

Ich würde mir wünschen, dass nach der heutigen Beratung zur Vorbereitung der Änderung des Flächennutzungsplanes zur Einrichtung von Windkraft-Konzentrationszonen zwar Diskussionen über die Windkraftnutzung in Olsberg geführt, diese jedoch sachlich bleiben und eine Neiddebatte möglichst vermieden wird. Nach den jetzigen Planungen werden alle Bürger Olsbergs die Chance haben, sich an der Energiewende zu beteiligen und möglicherweise auch finanziell hieran profitieren. Die in der vergangenen Woche bekannt gewordenen Vorschläge von Bundesumweltminister Altmeier und Wirtschaftsminister Rösler würden diese Pläne jedoch durchkreuzen. Hoffen wir also alle miteinander, dass es hierzu nicht kommt.

450.000 € für das Zentrenkonzept 2015 sind unserer Meinung nach absolut nicht vertretbar. Auch in 2013 sind keine Landesmittel zu erwarten. Somit sollten vorerst

lediglich die tatsächlich notwendigen und sinnvollen Maßnahmen durchgeführt werden.

Wie wir bereits im Ausschuss Bildung, Sport, Freizeit betont haben, sehen wir den für 400.000 € beabsichtigten Bau eines Kunstrasenplatzes sehr kritisch und lehnen diesen ab. Nachhaltigkeit ist durch die Errichtung eines solchen Platzes weder ökonomisch, noch ökologisch gegeben. Instandhaltungskosten, die höher als bisher sind und Entsorgungskosten werden die zukünftigen Haushalte über Jahre belasten. Die Diskussionen, ob ggfls. der ein oder andere Spieler auf Grund des Kunstrasenplatzes in Olsberg bleibt, sind nach diversen Gesprächen mit anderen Vereinen nicht haltbar und nicht zielführend. Zu allererst entscheidend für den Verbleib eines Spielers, ist der sportliche Erfolg. Auf welchem Untergrund dieser errungen wird, ist letztendlich egal. Ich hoffe, dass die Stadt Olsberg nicht durch die bereits vorgenommene Abholzung entlang des Flussufers der Ruhr, welches übrigens als FFH-Gebiet ausgewiesen ist, keine vollendeten Tatsachen schaffen will, bevor die endgültige Entscheidung seitens der Ratsmitglieder getroffen ist. Wir plädieren für eine Sanierung des Tennenplatzes als Rasenplatz und lehnen die Umwandlung in einen Kunstrasenplatz ab.

Wer wissen möchte, wie nachhaltig die Investition in einen neuen Kunstrasenplatz ist, der muss nur mal die Seite 126 des Haushaltsbuches aufschlagen.

Nach den dortigen Berechnungen werden bis zum Schuljahr 2018/2019, 209 Kinder, das sind 36,4% gegenüber 2013/2014, weniger eingeschult. Das bedeutet, dass demnächst kaum noch genug Kinder und Jugendliche übrigbleiben, um einen neuen Kunstrasenplatz zu nutzen. Weder für den Fußball, noch für den Schulsport!

Auch wir von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wissen die Arbeit der vielen ehrenamtlich tätigen Menschen in den Sportvereinen –der Volkshochschule – in kirchlichen Gruppen oder auch anderen Organisationen, zu schätzen. Das Ehrenamt beschränkt sich jedoch nicht nur auf die Errichtung neuer Dorfplätze oder baulichen Maßnahmen an Schützenhallen, Sportheimen und Dorfgemeinschaftshäusern, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Ehrenamt findet auch und vor Allem als soziales Engagement hinter den Kulissen statt. Hierfür gebührt allen ehrenamtlich Tätigen, und dazu zählen auch die Kommunalpolitiker, ein ganz herzlicher Dank!

Es ist die Aufgabe der Kommune, das Ehrenamt im Rahmen ihrer Möglichkeit weiter zu unterstützen. Zur Würdigung und Anerkennung dieser Freiwilligenarbeit und um das soziale Engagement individuell dokumentieren zu können, sollten wir ebenso wie Brilon es bereits seit 2008 vormacht, den Bürgerinnen und Bürgern Olsbergs das Angebot machen, hierfür einen Ehrenamtsausweis beantragen zu können.

Ab dem 01.08.2013 besteht ein Rechtsanspruch auf Betreuung für Kinder ab dem zweiten Lebensjahr. Das Ziel von 34% Versorgungsquote ist fast erreicht. Lediglich der Kindergarten Bigge hängt mit seinen geplanten und bereits bezuschussten

Maßnahmen noch zurück. Wir hoffen jedoch, dass auch sie bis zum 01.08.2013 die erweiterten Möglichkeiten zur U3-Betreuung schaffen.

Über die sogenannte Herdprämie der CDU/CSU kann man in diesem Zusammenhange eigentlich nur den Kopf schütteln. Diese ist recht kontraproduktiv. Kinder, die in einer Betreuungseinrichtung sind, profitieren vom gemeinsamen Lernen. Sie lernen den sozialen Umgang miteinander und erhalten dort intensive Sprachförderung.

Eine grds. positive Entwicklung nimmt unsere Schullandschaft. Der Elternwille zur Einrichtung einer Sekundarschule war eindeutig und die Inbetriebnahme im vergangenen Jahr stellt einen weiteren Baustein für eine zukunftsorientierte Schullandschaft in Olsberg dar. Über alle Parteigrenzen hinweg wurde dieser Prozess aktiv begleitet und wir freuen uns über das Ergebnis. Nach anfänglicher Skepsis, erfreut sich die Schule mittlerweile großer Beliebtheit. Dies ist sicher auch ein großer Verdienst des Schulleiters Herrn Aufmkolk. Ihm und allen weiteren Verantwortlichen, gebührt hierfür ebenfalls ein herzliches Dankeschön.

Der erhöhte Zuschussbedarf für die Sekundarschule ist absolut angemessen und wie bereits in früheren Stellungnahmen von mir erwähnt, ist jeder in die Bildung investierte Euro gut angelegt.

Absolut positiv zu bewerten ist die jüngste Entwicklung für den Teilstandort der Grundschule in Wiemeringhausen. Hier ist es den Verantwortlichen offenbar gelungen, vorerst den Schulstandort zu erhalten. Auch für diesen Einsatz ein herzlicher Dank! Durch die Möglichkeit des gemeinsamen Unterrichts der Jahrgänge eins und zwei kann eine Eingangsklasse gebildet werden. Durch diese Chance, die mit der Änderung des Schulgesetzes durch die rot-grüne Landesregierung geschaffen wurde ist, vorbehaltlich der Zustimmung seitens der Schulkonferenz und der Schulrätin, ein Unterricht, zumindest für die kommenden zwei Jahre, weiterhin ortsnah möglich.

Der Rechtsanspruch auf Inklusion, also auf einen gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Förderbedarf, soll möglichst schnell umgesetzt werden, wenn es nach dem Willen unserer Landesregierung geht. Inklusion ist jedoch ein langwieriger Prozess, der unsere Pädagoginnen und Pädagogen vor gewaltige Aufgaben stellen wird. Dies beinhaltet nicht nur den Umgang mit Schülerinnen und Schülern mit und ohne Förderbedarf, sondern auch lange intensive Fortbildungen. Für die Kommunen wird dies aller Voraussicht nach mit zusätzlichen Kosten verbunden sein. Diese können jedoch auf längere Sicht gesehen, durch die wegfallenden Kosten für die Förderschulen, zu einem Teil kompensiert werden.

Auch im Jahr 2013 steht die „offene Jugendarbeit“ wieder im Mittelpunkt. Nach dem, unserer Meinung nach, im vergangenen Jahr gescheiterten Versuch, die Jugendlichen für andere Angebote zu motivieren, bin ich mal gespannt, wie in diesem Jahr, ohne großen finanziellen Aufwand, die Wende aussehen soll.

Wie sicher jeder hier, haben auch wir uns verwundert die Augen gerieben, als die Stadt Brilon den Vertrag über das Interkommunale Gewerbegebiet aufgekündigt hat. Mit dieser Maßnahme werden unserer Stadt weitere wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten genommen. Es ist das letzte größere Gewerbegebiet, welches der Stadt für die Ansiedlung bzw. Erweiterung von Gewerbebetrieben bleibt. Konsequenz aus der Kündigung ist die Rückzahlung der bisher erhaltenen Fördergelder. Dass die Stadt Olsberg trotzdem vorerst ihre vorgesehenen Flächen in dem betroffenen Gebiet behält, ist nur folgerichtig. Wie diese Fläche demnächst jedoch genutzt und ob sie noch gebraucht wird, bleibt abzuwarten.

Wie Sie sicher meinen vorhergehenden Ausführungen entnehmen konnten, können wir dem Haushalt auch in diesem Jahr erneut nicht zustimmen.

Unser aller Pflicht ist es, die Interessen unserer Wähler zu vertreten! Politik machen heißt für uns, hierfür und für unsere Überzeugungen einzustehen und zu versuchen, diese möglichst durchzusetzen. Als Oppositionsfraktion gelingt dies natürlich nicht immer, ansonsten wären wir ja auch keine Opposition. Als Opposition ist es aber auch unsere Aufgabe, die Arbeit der Mehrheitspartei und der Verwaltung zu kontrollieren und kritisch zu hinterfragen. Diskussionen und offene Auseinandersetzungen mit den Vertretern anderer Positionen gehören daher unweigerlich dazu. Dies beinhaltet jedoch immer, Meinungen oder Positionen anderer zu respektieren! In diesem Sinne sollten wir in unserem zukünftigen Umgang miteinander entsprechend handeln.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!